

Schnell raus, schnell rein

Warum die Arbeitsagenturen in Österreich, Dänemark und Großbritannien erfolgreicher sind

Mit ein paar Überstunden war es diesmal nicht getan. Einen solchen Ansturm konnten sie auf konventionelle Weise nicht mehr bewältigen, ahnten die Mitarbeiter der Arbeitsagentur in Northfield im Süden von Birmingham, als sie vor sechs Wochen von der Pleite des britischen Autoherstellers MG Rover erfuhren. Auf einen Schlag hatten sie es mit rund 6000 Kunden zu tun, die bis dahin im Werk Longbridge gearbeitet hatten: Mechaniker, Ingenieure, Bürogehilfen – alle plötzlich auf der Suche nach einem neuen Job. Kurzerhand entschieden die Vermittler, das Büro auch am Samstag und Sonntag zu öffnen. „Das Jobcentre Plus tut seinen Teil, um zu helfen“, kommentiert die Regionaldirektorin Rosemary Thew die Aktion nüchtern, als sei solches Engagement selbstverständlich.

Es weht ein neuer Wind durch die britische Arbeitsverwaltung, entfacht allerdings schon 1998, als die Regierung Tony Blair die Jobvermittlung systematisch zu modernisieren begann. Damit war der Premier nicht mal der Erste in Europa: Bereits Mitte der neunziger Jahre forcierten Dänen und Österreicher das Prinzip, Arbeitslose zu fördern und zu fordern. Und sie entwickelten Strategien, Jobs zu vermitteln statt nur Geld zu zahlen – lange bevor es in Deutschland diskutiert wurde. Heute ernten sie die Früchte dieser Politik.

Österreich startete die Reform im Sommer 1994 mit der Ausgliederung der Ar-

beitsbehörde aus der Bundesverwaltung. Der neuentstandene Arbeitsmarktservice (AMS) ähnelt in seiner Struktur einer Kapitalgesellschaft: mit Vorstandsvorsitzenden und testiertem Jahresabschluss.

Gut die Hälfte der 4500 AMS-Mitarbeiter sind in der Vermittlung tätig. Ihre Arbeit wird von klaren Vorgaben be-



Jobcentre Plus in Northfield: Vermittlung sogar sonntags

stimmt: Jedes Jahr definiert der AMS zehn Ziele, die bis hinunter auf die regionale Ebene penibel quantifiziert werden. Im Burgenland zum Beispiel sollen die Vermittler in diesem Jahr mindestens 1503 Langzeitarbeitslosen eine Stelle verschaffen, so heißt es in „Ziel 4“.

Monatlich prüfen die Landesbehörden, ob die AMS-Filialen im Plan liegen. „Wenn nicht, müssen wir Rede und Antwort stehen“, sagt Dietmar Strobl, Leiter der Geschäftsstelle in Jennersdorf.

Erreichen sie die Vorgaben, winkt eine Prämie: Mit insgesamt 280 Euro pro Fi-

liale hat sie freilich eher Symbolcharakter. Ansonsten arbeiten die AMS-Geschäftsstellen autonom. Jede bestimmt selbst, wie sie ihr Budget verwendet. Hauptsache, die Ziele werden erreicht.

Dieser dezentrale Ansatz ist auch charakteristisch für die Arbeitsämter in Dänemark. In fast jeder Gemeinde gibt es eine „Jobbutik“, Anlaufstelle für alle Bürger, die Hilfe und Arbeit suchen. Die Vermittler entwerfen mit ihnen individuelle Handlungspläne, stehen ständig in Kontakt mit den Arbeitgebern der Region und wissen so genau, welche Kräfte gefragt sind. Um finanzielle Dinge wie die Berechnung von Leistungsansprüchen müssen sie sich nicht kümmern, das übernehmen die Arbeitslosenkassen.

Trotzdem bleibt den Vermittlern genug zu tun: Der dänische Arbeitsmarkt ist ständig in Bewegung, Arbeitgeber können ihre Mitarbeiter so schnell entlassen wie einstellen, der Kündigungsschutz ist minimal.

„Es ist hier keine Katastrophe, arbeitslos zu werden“, sagt der langjährige Vermittler Poul Frank. Von den rund 130 000 Arbeitsplätzen in Sonderjylland, der südlichsten Festlandprovinz, werden innerhalb eines Jahres 35 000 neu besetzt.

Die britische Variante dieser Strategie sind die „Jobcentre Plus“. Bis zum kommenden Jahr will Premier Blair sämtliche Arbeits- und Sozialbehörden neu organisieren haben. Die Grundlage für den Umbau hatte schon die Vorgängerregierung gelegt: 1996 fasste sie mit der „Jobseeker's Allowance“ Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu einer Leistung zusammen.

Arbeit sollte sich wieder lohnen, lautete schon damals die Devise, auch niedrig entlohnte Beschäftigung. Seitdem fördert der Staat gezielt Geringverdiener: Er bezuschusst den Verdienst, indem er

Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich, standardisiert



ihnen einen Teil der Einkommensteuer zurückzahlt.

„Working Tax Credit“ und „Child Tax Credit“ heißen die Instrumente heute. Danach bekommt beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 10 000 Pfund vom Staat 3930 Pfund zusätzlich.

Verdient sie mehr, sinkt der Zuschuss. Bei 25 000 Pfund sind es nur noch 545 Pfund extra. „Diese Steuergutschriften erhöhen die Anreize für Arbeitslose, eine Beschäftigung aufzunehmen, beträchtlich“, meint Wolfgang Ochel vom Münchner Ifo-Institut.

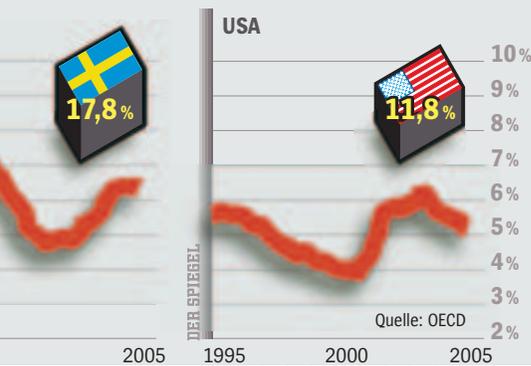
Zuletzt ist der Anteil der Erwerbstätigen in Großbritannien jedes Jahr um ein Prozent gestiegen, die Arbeitslosenquote ist auf den historischen Tiefstand von 4,6 Prozent gefallen. In Dänemark liegt die Rate bei 5,4 Prozent, in Österreich sogar nur bei 4,5 Prozent.

Alle drei Länder – so unterschiedlich ihre sozialstaatlichen Traditionen auch sind – haben die Arbeitsverwaltung so organisiert, dass sich die Mitarbeiter ganz auf die Jobvermittlung konzentrieren können: Das macht großenteils ihren Erfolg aus. Denn letztlich ist die Zahl der Arbeitslosen vor allem auch eine Frage schneller Vermittlung: In Großbritannien dauert es im Schnitt 21 Wochen, in Dänemark 16, in Österreich 15 – in Deutschland sind es 33 Wochen.

Den Nachbarn kommt zugute, dass sie schon Mitte der neunziger Jahre die Arbeitsverwaltung umgebaut haben. So konnten die Reformen ihre Wirkung in den Aufschwung hinein entfalten. Die Nürnberger Bundesagentur hat es da jetzt ungleich schwerer: Am Ende hilft die beste Organisation nichts, wenn die Konjunktur schwächelt und es kaum Jobs zu vermitteln gibt.

Solche Probleme sind den Mitarbeitern im britischen Jobcentre Plus, das die Opfer der Rover-Pleite betreut, fremd: Bei einer eigens eingerichteten Hotline meldeten sich in kürzester Zeit fast 300 Arbeitgeber, die etwa 2000 Stellen anboten.

ALEXANDER JUNG



Vermittlungsgutschein

Start: April 2002
 ausgegebene Gutscheine: 1,4 Millionen bis April 2005
 davon eingelöst: 111 603

Die Vermittlungsprovisionen sollen private Vermittler erhalten, die einen Arbeitslosen vermitteln. Doch nur wenige Gutscheine wurden bislang eingelöst – offenbar jeder fünfte davon in Zusammenhang mit Betrug und Missbrauch.

Vermittlungsoffer Arnold

DEUTZMANN.DE

und donnerstags Vormittag vorerst für Kunden geschlossen.

Überall fehlt das Geld. Von den für dieses Jahr bewilligten 23,5 Millionen Euro sind 4,5 Millionen noch immer nicht freigegeben. Granzow müsste Lohnkostenhilfen oder Fahrtkostenzuschüsse streichen. „Wenn das Geld nicht bald fließt“, sagt Granzow, „gehen wir hier unter.“

Ob in Nauen, Duisburg oder Berlin: Überall registrieren die in den Jobcentern Beschäftigten, dass die Hartz-Reform anders wirkt als gedacht: Eigentlich sollten Kürzungen und Kontrollen dazu führen, dass sich Arbeitslose massenhaft von den Ämtern abmelden. Stattdessen lockt die Fusion nun überall neue Bedürftige hervor – und eine blühende Beratungsindustrie, die mit Büchern, Broschüren und Informationsangeboten aller Art verrät, wie die Ämter am besten auszutricksen sind.

Im Osten hat die PDS nahezu flächendeckend Anlaufstellen für vermeintliche Hartz-Opfer eingerichtet. Im Westen melden Arbeitslosenstammtische von Sozialverbänden und der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di regen Zulauf. Auch das Internet bietet Hilfe. Die Amateur-Homepage des Wuppertaler Arbeitslosenvereins „Tacheles“ verzeichnete allein im Januar knapp drei Millionen Aufrufe.

Hingebungsvoll widmen sich die Mitglieder des Internet-Forums der Frage, wie ein teures Auto, etwa durch Überschreiben auf die Oma, vor dem Zwangsverkauf gerettet werden kann. Gleich mehrere hundert Debattenbeiträge loten die Möglichkeiten („zwei Schränke, zwei Betten“) aus, ein ehedemliches Zusammenleben als zwanglose Wohn- und Untermietgemeinschaft zu tarnen. Eine Musterrechnung weist nach, wie sich Alleinerziehende mit Hartz IV finanziell besser stellen können.

Dass das Arbeitslosengeld II viel attraktiver ist als gedacht, zeigt am auffälligsten, wie sehr sich die Regierung bei ihrer Reform verkalkuliert hat. Was als Einschnitt geplant war, erweist sich für viele als Zugabe. Was den Sozialstaat kleiner machen sollte, hat ihn aufgebläht.

Dabei hatte alles so hoffnungsvoll begonnen. Gut drei Jahre ist es her, dass der sogenannte Vermittlungsskandal einer überraschten Öffentlichkeit vor Augen führte, wie sehr die hiesige Arbeitsverwaltung in 30 Jahren Massenerwerbslosigkeit zu einem ineffizienten Bürokratiemonster gewuchert war. Die 181 Arbeitsämter der Republik, so zeigten die Berichte von Rechnungshöfen und Innenrevisoren, hatten einen Großteil ihrer stolz aufgeführten Jobvergaben schlicht erfunden. Fast 90 Prozent der Beschäftigten vermittelten keine Stellen, sondern verwalteten Akten – und sich selbst. Und wer eines der staatlich geförderten Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprojekte besuchte, hatte hinterher schlechtere Chancen auf eine Stelle als zuvor.

Der Kanzler nutzte die allgemeine Empörung über die „Skandalbehörde“ („Welt“), um gegen den Widerstand von Partei und Fraktion eine radikale Reform des Arbeitsmarktes auf den Weg zu bringen. Er ersetzte den christdemokratischen Anstaltsleiter Bernhard Jagoda durch die SPD-Reformhoffnung Florian Gerster. Er beschnitt die Macht des Aufsichtsrates aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern. Er beauftragte den VW-Personalchef Peter Hartz, einen gleichermaßen wuchtigen wie wirksamen Reformplan auszuarbeiten. Es war ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 2002. Die Arbeitslosenzahlen hatten soeben die Marke von 4,1 Millionen überschritten.

Was der Auto-Manager wenige Monate später im SPIEGEL präsentierte, war eine Kombination erfolgreicher Reformrezepte, wie sie andere Länder lange zuvor ausprobiert hatten. Alles war flott verpackt in den Hartzschen Manager-Sprech aus Quick-Vermittlung und Ich-AG, Job-Flao-